

Bayerisches Justizministerialblatt

AMTLICH HERAUSGEGEBEN VOM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Nr. 2

München, den 25. Februar

2015

Inhaltsübersicht

Datum		Seite
	Bekanntmachungen	
26.01.2015	319-J Änderung der Bekanntmachung betreffend Legalisation deutscher Urkunden, Erteilung von Apostillen und Bestätigungen sowie Befreiung von der Legalisation	10
30.01.2015	2030.2.1-J Anforderungsprofil für Beamtinnen und Beamte mit Leitungsfunktion im Justizwachtmeisterdienst	10
	Stellenausschreibungen	11
	Personalnachrichten	
	Gleichstellungsbeauftragte	13
	Literaturhinweise	14

Bekanntmachungen

319-J

Änderung der Bekanntmachung betreffend Legalisation deutscher Urkunden, Erteilung von Apostillen und Bestätigungen sowie Befreiung von der Legalisation

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

vom 26. Januar 2015 Az.: D5 - 9101 - I - 707/2015

1. Der Anhang zu Nr. 1.7 der Bekanntmachung betreffend Legalisation deutscher Urkunden, Erteilung von Apostillen und Bestätigungen sowie Befreiung von der Legalisation vom 3. April 2008 (JMBl S. 46), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 26. August 2014 (JMBl S. 138), wird wie folgt geändert:

Bei „Burundi“ werden in Spalte 3 nach den Worten „Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend“ ein Absatz und die Worte „Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft“ eingefügt.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. März 2015 in Kraft.

2030.2.1-J

Anforderungsprofil für Beamtinnen und Beamte mit Leitungsfunktion im Justizwachtmeisterdienst

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

vom 30. Januar 2015 Az.: A2 - 2370 - V - 7378/11

1. Einleitung

- 1.1 ¹Die richtige Auswahl und Qualifikation von Beamtinnen und Beamten mit Leitungsfunktion im Justizwachtmeisterdienst ist von großer, für das Funktionieren der Behörde nicht zu unterschätzender Bedeutung. ²Das Aufgabenspektrum der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister deckt zum einen wichtige Bereiche im laufenden Geschäftsbetrieb einer Behörde ab und hat zum anderen wesentliche Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Besucherinnen und Besucher einer Behörde. ³Außerdem stellen die Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister oft den ersten Kontakt für Bürgerinnen und Bürger dar und prägen hierdurch entscheidend das Bild der Justiz in der Öffentlichkeit mit. ⁴Zur Koordinierung dieser Fülle von Aufgaben bedarf es entsprechend motivierter und engagierter Beamtinnen und Beamter, die bereit und ausreichend qualifiziert sind, Leitungsfunktionen im Justizwachtmeisterdienst zu übernehmen. ⁵Zur weiteren Verbesserung der Personalauswahl wird daher ein Anforderungsprofil für Beamtinnen und Beamte mit Leitungsfunktion im Justizwachtmeisterdienst einschließlich deren Vertreterinnen und Vertreter vor-

gelegt, das – ohne erschöpfend zu sein – Kriterien enthält, die von künftigen Führungskräften in diesen Bereichen erfüllt werden müssen.

- 1.2 ¹Das Anforderungsprofil gilt demgemäß für die im Justizministerialblatt ausgeschriebenen Dienstposten für Beamtinnen und Beamte mit Leitungsfunktion im Justizwachtmeisterdienst, sofern in der Ausschreibung auf das Anforderungsprofil Bezug genommen wird. ²Die folgenden Anforderungen sind im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Prinzips der Bestenauslese, bei der Besetzung der vorgenannten ausgeschriebenen Dienstposten gemäß Art. 16 Abs. 1 Satz 3 LbG zu beachten, allerdings mit der Maßgabe, dass es die Übertragung des Dienstpostens nicht hindert, wenn einzelne Kenntnisse aus dem Anforderungsspektrum der Fachkompetenz noch nicht hinreichend ausgeprägt sind, aber die Bereitschaft zur Fortbildung und Hospitation besteht.

2. Anforderungen im Einzelnen

2.1 Fachkompetenz:

- Fachwissen
- Kenntnisse über den Ablauf des Geschäftsbetriebs an einer Justizbehörde

2.2 Führungskompetenz:

- Fähigkeit,
 - zu motivieren,
 - zu delegieren,
 - Mitarbeiter anzuleiten und zu führen,
 - Konflikte zu bewältigen,
 - eigenverantwortlich zu handeln
- Entscheidungsbereitschaft
- Durchsetzungsvermögen
- Vorbildfunktion und Glaubwürdigkeit

2.3 Organisatorische Kompetenz:

- Organisationsfähigkeit
- Planungsvermögen
- Fähigkeit,
 - zielorientiert zu handeln,
 - Prioritäten zu setzen,
 - Abläufe zu koordinieren

2.4 Sozialkompetenz:

- Kommunikationsfähigkeit
- Kooperationsfähigkeit
- Teamfähigkeit
- Sicheres Auftreten, positive Außenwirkung und Bürgernähe
- Empathie

2.5 Persönliche Kompetenz:

- Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein
- Verlässlichkeit
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Kritikfähigkeit
- Überzeugungskraft
- mündliche Ausdrucksfähigkeit
- Flexibilität und Aufgeschlossenheit gegenüber Veränderungen

3. Inkrafttreten

Die Bekanntmachung tritt am 1. März 2015 in Kraft.

Stellenausschreibungen

I. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen, die mit Ausnahme der Nrn. 2, 3, 5, 6 und 10 auch durch Teilzeitkräfte besetzt werden können:

1. Richter an den Oberlandesgerichten (Besoldungsgruppe R 2) in München und Bamberg
2. Präsident des Landgerichts (Besoldungsgruppe R 4) in Bamberg
3. Präsident des Landgerichts (Besoldungsgruppe R 3) in Amberg
4. Vorsitzende Richter an den Landgerichten (Besoldungsgruppe R 2) in München I und Schweinfurt
5. Direktor des Amtsgerichts (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage) in Eggenfelden
6. Direktor des Amtsgerichts (Besoldungsgruppe R 2) in Freyung
7. Richter am Amtsgericht als weiterer aufsichtführender Richter (Besoldungsgruppe R 2) in Kaufbeuren
8. Leitender Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft (Besoldungsgruppe R 3) in München
9. Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft (Besoldungsgruppe R 2) in München
10. Leitender Oberstaatsanwalt (Besoldungsgruppe R 3) in Bamberg
11. Oberstaatsanwalt als ständiger Vertreter des Leitenden Oberstaatsanwalts (Besoldungsgruppe R 2 mit Amtszulage) in Kempten (Allgäu)
12. Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft (Besoldungsgruppe R 2) in Würzburg
13. Staatsanwälte als Gruppenleiter bei den Staatsanwaltschaften (Besoldungsgruppe R 1 mit Amtszulage) in Bayreuth, Coburg und Traunstein

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz).

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewer-

bern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Ausschreibung auch für gleichartige Stellen gilt, die innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Bewerbungsfrist bei demselben Gericht oder derselben Staatsanwaltschaft frei werden, falls keine neue Ausschreibung vorgenommen wird (Abschnitt III. Nr. 1.3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz über Personalangelegenheiten vom 10. November 2006 JMBl S. 183).

Bewerbungsfrist: 16. März 2015.

Bewerbungen, die nach Ablauf der Bewerbungsfrist eingereicht werden, können grundsätzlich nicht mehr berücksichtigt werden.

II. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen:

1. Geschäftsleiter bei der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg in BesGr. A 13 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 15. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben. Zur Bewerbung aufgefordert sind Rechtspfleger, die sich für Ämter ab der BesGr. A 14 qualifiziert haben, sowie Rechtspfleger der BesGrn. A 12 und A 13, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 14 besteht.
2. Geschäftsleiter bei der Staatsanwaltschaft Ingolstadt in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 13. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
3. Geschäftsleiter bei dem Amtsgericht Erding in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 13. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung.
4. Ständiger Vertreter des Geschäftsleiters bei dem Landgericht Landshut in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 13. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten mit bestandener Rechtspflegerprüfung. Zum Aufgabengebiet gehört auch die Pilotprojektleitung „Elektronischer Rechtsverkehr“.
5. Gerichtsvollzieherprüfungsbeamter bei dem Landgericht Landshut in BesGr. A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 12.
6. Leitender Bewährungshelfer bei dem Landgericht München I.
7. Leitender Bewährungshelfer bei dem Landgericht Amberg.
8. Leiter der Zentralen Justizwachtmeisterei im Strafjustizzentrum bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 8 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 9. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten des Justizwachtmeisterdienstes, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben. Zur Bewerbung aufgefordert sind Justizwachtmeister mit Erfahrung

als Leiter einer Justizwachtmeisterei, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben, sowie Justizwachtmeister mit Erfahrung als Leiter einer Justizwachtmeisterei ab der BesGr. A 6, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 7 besteht.

9. Leiter einer Einheit in der Zentralen Justizwachtmeisterei im Strafjustizzentrum bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 7 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 8. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten des Justizwachtmeisterdienstes, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben. Der Dienstposten kann zusätzlich die Wahrnehmung übergeordneter Leitungstätigkeiten im Justizwachtmeisterdienst beinhalten. Zur Bewerbung aufgefördert sind Justizwachtmeister, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben, sowie Justizwachtmeister ab der BesGr. A 6, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 7 besteht.
10. Leiter der Zentralen Justizwachtmeisterei bei dem Amtsgericht Schweinfurt in BesGr. A 7 mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 8. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten des Justizwachtmeisterdienstes, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben. Zur Bewerbung aufgefördert sind Justizwachtmeister, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben, sowie Justizwachtmeister ab der BesGr. A 6, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 7 besteht.
11. Stellvertretender Leiter einer Einheit in der Zentralen Justizwachtmeisterei im Strafjustizzentrum bei dem Oberlandesgericht München in BesGr. A 6 mit Amtszulage mit Entwicklungsmöglichkeit nach BesGr. A 7. Der Dienstposten gehört zum Aufgabenbereich der Beamten des Justizwachtmeisterdienstes, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben. Der Dienstposten kann vertretungsweise auch die Wahrnehmung übergeordneter Leitungstätigkeiten im Justizwachtmeisterdienst beinhalten. Zur Bewerbung aufgefördert sind Justizwachtmeister, die sich für Ämter ab der BesGr. A 7 qualifiziert haben, sowie Justizwachtmeister ab der BesGr. A 6, bei denen die Bereitschaft zur modularen Qualifizierung für Ämter ab der BesGr. A 7 besteht.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz). Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerbern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter Nrn. 1 bis 4 ausgeschriebenen Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 22. Juli 2014 (JMBl S. 130) Bezug genom-

men. Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter Nr. 5 ausgeschriebenen Stelle wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz vom 22. Dezember 2008 (JMBl 2009, S. 13) Bezug genommen. Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter Nrn. 6 und 7 ausgeschriebenen Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 15. Januar 2003 (JMBl S. 30) in der Fassung vom 28. Juni 2004 (JMBl S. 132) Bezug genommen. Die ausgeschriebenen Stellen können auch durch eine Teilzeitkraft besetzt werden.

Bewerbungsfrist: 16. März 2015.

- III. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Notarstelle entgegengesehen:

Frei werdende Notarstelle:

Würzburg
frei ab 1. Juli 2015

(derzeitiger Inhaber:
Notar Gerhard Öchsner
evtl. in gemeinsamer
Berufsausübung mit Notar
Matthias Dünninger)

Notarassessorinnen und Notarassessoren können sich um die ausgeschriebene Notarstelle bewerben. Es wird Bewerbungen von Notarassessorinnen und Notarassessoren entgegengesehen, die zum 1. Juli 2015 eine dreijährige Mindestanwärterzeit (§ 7 Abs. 1 BNotO) vollendet haben. Der genannte Stichtag gilt für Notare entsprechend hinsichtlich der Mindestverweildauer am bisherigen Amtssitz.

Die Bewerber um die Notarstelle in Würzburg haben anzugeben, ob sie bereit sind, eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung einzugehen, ob ihre Bewerbung nur für den Fall gilt, dass eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung zustande kommt, oder ob die Bewerbung auch dann gelten soll, wenn eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung nicht vereinbart wird.

Wird eine Bewerbung nur für den Fall abgegeben, dass eine gemeinsame Berufsausübung zustande kommt, gilt sie auch dann, wenn der verbleibende Notar gemäß Abschnitt V Nr. 4 Buchst. b der Richtlinien für die Amtspflichten und sonstigen Pflichten der Mitglieder der Landesnotarkammer Bayern nach § 67 Abs. 2 BNotO die Übergabe der vollwertigen Notarstelle des ausgeschiedenen Notars anbietet.

Die Bewerber um die Notarstelle in Würzburg werden darauf hingewiesen, dass sich Änderungen im Umfang des Amtsbereichs ergeben können, sofern eine Anpassung der Amtsbereichsgrenzen an geänderte Verwaltungsbezirksgrenzen notwendig ist.

Bewerbungsfrist: 23. März 2015.

Das Bewerbungsgesuch ist bei der Landesnotarkammer Bayern einzureichen.

Personalnachrichten

Gleichstellungsbeauftragte

Im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz wurden bestellt bzw. wiederbestellt als Gleichstellungsbeauftragte

- bei dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz
Frau Richterin am Oberlandesgericht München
Dr. Andrea Muthig,
Vertreterin: Frau Regierungsrätin Susanna Wilke;
- bei dem Oberlandesgericht München
Frau Rechtspflegeamtsrätin Dagmar Tietgen,
Vertreterin: Frau Rechtspflegeamtfrau
Miriam Knebelsberger;
- bei dem Oberlandesgericht Nürnberg
Frau Richterin am Oberlandesgericht
Christiane Trabold,
Vertreterin: Frau Rechtspflegeamtfrau Brigitte Stör;
- bei dem Oberlandesgericht Bamberg
Frau Rechtspflegeoberrätin Hannelore Nolte,
Vertreterin: Frau Rechtspflegeamtfrau Ulrike Schlegel;
- bei der Generalstaatsanwaltschaft München
Frau Oberstaatsanwältin Karin Geßl,
Vertreterin: Frau Rechtspflegeoberinspektorin
Steffi Hohnstädter;
- bei der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg
Frau Oberstaatsanwältin Gabriele Hofmeier,
Vertreterin: Frau Claudia Leipold;
- bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg
Frau Justizverwaltungsinspektorin Doris Raab,
Vertreterin: Frau Rechtspflegeamtfrau Anja Damm.

Literaturhinweise

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht 1/2015. 15. Jahrgang Seite 1 bis 44. Stand 19. Januar 2015. ISSN 1617-7223. Erscheinungsweise: Monatlich. Bezugspreise 2015: Jahresabonnement 389,00 €; Einzelheft 37,50 €.

Verlagsgruppe Hüthig-Jehle-Rehm GmbH, München

124. Ergänzungslieferung zu Uttlinger/Saller, Das Reisekostenrecht in Bayern. Kommentar. Stand Dezember 2014. 52,99 €.

60. Ergänzungslieferung zu Claus/Brockpähler/Teichert, Lexikon der Eingruppierung im öffentlichen Dienst. Ausgabe ab 2012. Stand Dezember 2014. 57,99 €.

76. Ergänzungslieferung zu Breier/Dassau/Kiefer, TVöD: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Stand Januar 2015. 107,99 €.

58. Ergänzungslieferung zu Breier/Dassau/Kiefer, TV-L: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Stand Januar 2015. 107,99 €.

ZTR – Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. ISSN 1439-5908. Erscheint monatlich. Jahresabonnement 244,99 € (zzgl. 24,00 € Versandkosten Inland / 30,00 € Ausland). Einzelheft 32,99 € (zzgl. Versandkosten).

210. Ergänzungslieferung zu Uttlinger/Breier/Kiefer, Bundes-Angestelltentarifvertrag. Kommentar. Stand Dezember 2014. 79,99 €.

Verlag R. S. Schulz GmbH, Starnberg

748. Ergänzungslieferung zu Luber/Schelter, Deutsche Sozialgesetze. Sammlung des gesamten Arbeits- und Sozialrechts der Bundesrepublik Deutschland mit Europäischem Sozialrecht. Stand 1. Dezember 2014. 259,00 €.

Der **Fortführungsnachweis zur Bayerischen Rechtssammlung** (Stand: 1.1.2014) ist im Internet auf der zentralen Verkündungsplattform Bayern beim Jahr 2013 veröffentlicht (<https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2013/00/gvbl-2013-03.pdf>) und kann für den eigenen Gebrauch kostenlos heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden.

Herausgeber/Redaktion: Bayerisches Staatsministerium der Justiz, Prielmayerstraße 7, 80335 München, Telefon (0 89) 55 97-01, E-Mail: poststelle@stmj.bayern.de

Technische Umsetzung: Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck und Vertrieb: Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 126-725, Telefax (0 81 91) 126-855, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen: Das Bayerische Justizministerialblatt (JMBl) erscheint nach Bedarf mit bis zu zwölf Heften jährlich. Es wird im Internet auf der „Verkundungsplattform Bayern“ www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elek-

tronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkundungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Bayerischen Justizministerialblatts kostet 30 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkundungsplattform Bayern“ entnommen werden.

Einbanddecken können bei der Justizvollzugsanstalt Straubing, Äußere Passauer Straße 90, 94315 Straubing, bezogen werden.

ISSN 1867-9145
